

Stromtrasse Süd-Ost

Fallbeispiel

Sachanalyse, didaktische und
methodische Hinweise

Protest gegen den Neubau der „Stromtrasse Süd-Ost“

Der Fall

Vor dem Hintergrund der Energiewende ist es vorgesehen, Windenergie aus Norddeutschland über neue Stromtrassen bis nach Bayern zu transportieren, um die dortige Abschaltung von Atomkraftwerken zu kompensieren. Die Leitungen sollen oberirdisch an bis zu 75 Meter hohen Masten verlaufen, die Gesamtlänge der Neubauvorhaben beträgt bis zu 4300 Kilometer.

Entlang der Trassen formiert sich Widerstand gegen die Planungen, der insbesondere an der sogenannten „Stromtrasse Süd-Ost“ (inzwischen meist als „Korridor D“ bezeichnet) von der Lausitz über Oberfranken nach Südbayern, aber auch der Trasse „Südlink“ von Schleswig-Holstein über Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen nach Bayern zunehmend professionell organisiert wird. Nicht nur Bürgerinitiativen, sondern auch Kommunalpolitiker kritisieren das Vorhaben unter anderem mit Verweis auf Umweltschäden durch die bis zu 70 Meter breiten Schneisen, Gesundheitsgefahren für Anwohner, Wertverlust von Immobilien sowie landschaftliche Schäden mit Konsequenzen für die Tourismuswirtschaft. Als Alternative wird insbesondere eine dezentrale Versorgung gefordert, die etwa durch den Ausbau von Gaskraftwerken und Investitionen in die Gewinnung erneuerbarer Energie sichergestellt werden könne. Darüber hinaus zweifeln Projektgegner an, dass alle vorgesehenen Trassen, wie von der zuständigen Bundesnetzagentur dargestellt, unverzichtbar seien. Behauptet wird zuweilen auch, die Anlagen seien weniger zur Versorgung Bayerns mit Windenergie als zum Transport osteuropäischen Atom- und Braunkohlestroms bestimmt und würden in der Hauptsache den beteiligten Netzbetreibern nützen.

In der Debatte um den Netzausbau richtet sich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer zunächst gegen die neuen Stromtrassen, während das Bundeswirtschaftsministerium den Freistaat vor Versorgungsengpässen warnt. Politik, Wirtschaft und Bürgerinitiativen tauschen ihre Argumente im Winter 2014/2015 im sogenannten Energiedialog unter Leitung von Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner aus, ohne dass für alle Seiten zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden. Letztlich erreicht die bayrische Landesregierung einen Bundestagsbeschluss, der einer Erdverkabelung Vorrang vor dem Bau von Höchstspannungs-Überlandleitungen einräumt. Zudem werden vermehrt bestehende Leitungen in die Planungen einbezogen, um durch Aus- statt Neubau die Zahl neuer Trassen möglichst gering zu halten.

Im März 2016 wird bekannt, dass durch die Verschiebung von Start- und Endpunkten der Trasse sowie die Entscheidung für eine weitgehende Erdverkabelung eine Neuplanung notwendig wird, die den Baubeginn voraussichtlich auf das Jahr 2024 verschiebt. Ursprünglich sollte der „Korridor D“ bereits 2022 in Betrieb genommen werden. Medien berichten für den „Korridor D“ und die „Südlink-Trasse“, die beiden größten der geplanten Verbindungen, von voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von drei bis acht Milliarden Euro aufgrund der Erdverkabelung. Bürgerinitiativen, deren Ziel eine dezentrale Energiewende ist, drängen weiter auf die Streichung der Bauvorhaben. Wirtschaftsvertreter kritisieren die nun teurere Lösung, weil die Mehrkosten letztlich von den Verbrauchern und damit auch von deutschen Unternehmen getragen werden müssten.

Sachanalyse

Anders als bei anderen Protestereignissen zu Infrastrukturmaßnahmen oder in der Stadtentwicklung greifen viel zitierte Krisendiagnosen der repräsentativen Demokratie im Fall der geplanten Stromleitungen offensichtlich zu kurz. Zum einen machen die sogenannten „Nimbys“ („Not in my backyard“), wie sie im Zusammenhang mit Maßnahmen der Energiewende etwa bei Standortdebatten zu neuen Windkraftanlagen häufig auftreten, nur einen kleineren Teil der Protestierenden aus; vielmehr handelt es sich überwiegend um Befürworter der Energiewende, die jedoch die Umsetzung des Wechsels von Atomstrom und Kohlekraftwerken auf erneuerbare Energien kritisieren und die Notwendigkeit der geplanten Trassen anzweifeln. Zum anderen verläuft die Konfliktlinie hier nicht zwischen „Bürgern“ und „Politik“, sondern wird auf Seiten der Bürgerinitiativen entscheidend von der Kommunalpolitik mitgestaltet, die damit in Opposition zur Bundes- und teilweise auch zur Landespolitik tritt. Damit kann der Fall so interpretiert werden, dass eine im Föderalismus vorgesehene gegenseitige Kontrolle innerhalb des Systems greift, die Teil des „Normalbetriebs der Demokratie“ (und eben nicht eine Krisenerscheinung) ist.¹

¹ Siehe dazu <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/protest-als-normalbetrieb-der-demokratie>



Didaktische und methodische Hinweise

Für die Bearbeitung des Fallbeispiels eignet sich insbesondere die Architektur des Protests an der geplanten „Stromtrasse Süd-Ost“ (aber auch des „Südlinks“) als Analysegegenstand. Der Fall ist anschlussfähig für die Einheiten zu „Bürgerbeteiligung“ (D1) sowie „Bürgerinitiativen, Netzwerke und Protest“ (D2) aus unserem Unterrichtskonzept zur „Mitte Altona“.

Zum Verständnis des Falls müssen die Teilnehmer über Grundwissen zur Energiewende und zum Atomausstieg verfügen; je nach Leistungsstand der Lerngruppe könnte daher der Einsatz von über die hier vorgeschlagenen Texte hinausgehenden Materialien hilfreich sein.

Das Thema eignet sich insgesamt weniger für eine Aufbereitung als Rollenspiel als für die Bearbeitung von Texten und deren Diskussion sowie den Vergleich mit anderen Protestereignissen.

Optionen für die Umsetzung im Unterricht:

- Als Textgrundlage ist der Artikel „Wie Bayerns Bürger die Stromtrassen torpedieren“ aus dem Handelsblatt geeignet. Die Teilnehmer können sich etwa anhand von Leitfragen wesentliche Aspekte des Falls erschließen und anschließend diskutieren. Weitere Hintergründe zum Bau der Stromtrassen sind in dem Artikel „Streit um Stromtrassen: Vershoben und verschwiegen“ aus der Süddeutschen Zeitung verständlich aufbereitet. Die sich aus der Analyse ergebende Akteurskonstellation sollte in erster Linie auf die Bürgerinitiativen, die Kommunalpolitik sowie die Landes- und Bundespolitik fokussieren. Daraus ergibt sich jedoch die Gefahr einer voreiligen Parteinahme der Teilnehmer für die Protestierenden gegen „die da oben“ (Landes- und Bundespolitik). Daher ist auf eine Versachlichung mindestens durch Verweis auf über das betrachtete Spektrum hinausgehende Akteurskonstellationen und Interessenkonflikte hinzuwirken. Das betrifft insbesondere die für den Bau von Stromtrassen zuständigen Netzbetreiber und die an einer möglichst günstigen Umsetzung interessierte Industrie. In der inhaltlichen Debatte treffen zudem die ökologischen Argumente für die Energiewende auf (unter anderem) ökologische Argumente gegen den Bau der Stromtrassen, die in dem Artikel veranschaulicht werden.

- Ist eine umfassendere Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Debatte in den vergangenen Jahren gewünscht, können dazu die auf Seite 5 in chronologischer Reihenfolge aufgeführten Texte genutzt werden. Darin liegt der Fokus auf der Frage der Erdverkabelung als Alternative zu den Überlandleitungen.
- Für eine eigenständige Recherche durch die Teilnehmer eignen sich als Ausgangspunkte die Informationen des Netzbetreibers „50hertz“ und der Plattform „Stromautobahn“ der Bürgerinitiativen (siehe Seite 5).
- Mit einem demokratietheoretischen Fokus auf Bürgerproteste, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie ist für fortgeschrittene Lerngruppen der Kommentar „Protest als Normalbetrieb der Demokratie“ empfehlenswert. Die Betonung dieses Blickwinkels bietet sich vor allem dann an, wenn das Fallbeispiel als Element einer umfangreicheren Auseinandersetzung mit dem Themenbereich „Protest und Beteiligung“ behandelt wird.



Texte für den Unterricht

Artikel aus dem Handelsblatt, auf dessen Grundlage die Konstellationen zwischen Bürgern, Kommunal- und Bundespolitik erschlossen werden können:

„Wie Bayerns Bürger die Stromtrassen torpedieren“ (Handelsblatt vom 18.02.2014)

<http://www.handelsblatt.com/technik/das-technologie-update/energie/regierungsplaene-wie-bayerns-buerger-die-stromtrassen-torpedieren/9499798.html>

Einordnender Artikel zu den Folgen der Energiewende mit vielen Hintergründen:

„Streit um Stromtrassen: Vershoben und verschwiegen“ (Süddeutsche Zeitung vom 02.03.2015)

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/streit-um-stromtrassen-vershoben-und-verschwiegen-1.2372531>

Kommentar zu den Protesten aus demokratietheoretischer Perspektive:

„Protest als Normalbetrieb der Demokratie“ (Göttinger Institut für Demokratieforschung, 18.03.2014)

<http://www.demokratie-goettingen.de/blog/protest-als-normalbetrieb-der-demokratie>

Weitere Zeitungsartikel zum Thema

„Bürger stellen sich neuen Stromleitungen in den Weg“ (Wirtschaftswoche, Juli 2011):

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/stromnetz-buerger-stellen-sich-neuen-stromleitungen-in-den-weg/5155296-all.html>

„Energiewende: Der Stromtrassenstreit könnte bald gelöst sein“ (FAZ vom 21.02.2015):

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streit-um-stromtrassen-bayern-naehert-sich-an-13440430.html>

„Stromtrassen: Ein Monster verschwindet“ (Süddeutsche Zeitung vom 29.05.2015):

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/2.220/stromtrassen-ein-monster-verschwindet-1.2499245>

„Erdverkabelung von Stromtrassen: Bayerns Bauern stellen sich gegen Seehofer“ (Handelsblatt vom 04.07.2015):

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/erdverkabelung-von-stromtrassen-bayerns-bauern-stellen-sich-gegen-seehofer/12009908.html>

„Stromtrassen: Kabinett beschließt Vorrang für teure Erdkabel“ (Handelsblatt vom 07.10.2015):

<http://www.handelsblatt.com/wirtschaft-handel-und-finanzen-stromtrassen-kabinett-beschliesst-vorrang-fuer-teure-erdka-bel/12418254.html>

Weitere Quellen

Informationen des Netzbetreibers „50hertz“ zur „Stromtrasse Süd-Ost“:

<http://www.50hertz.com/de/Netzausbau/Projekte/Sued-Ost-Passage>

Gemeinsame Internetpräsenz der Bürgerinitiativen:

www.stromautobahn.de

Stadt! Macht! Schule! ist ein Projekt
der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik

HAMBURGER STIFTUNG FÜR
WIRTSCHAFTSETHIK

Stadt! Macht! Schule! wird gefördert
von der Robert Bosch Stiftung

Robert Bosch **Stiftung**

und der Stiftung Hamburger Wohnen

 STIFTUNG
**Hamburger
Wohnen**

Impressum und Kontakt

Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik

Max-Brauer-Allee 22

22765 Hamburg

040.87 87 905 70

info@stadtmachtschule.de

www.stiftung-wirtschaftsethik.de

www.stadtmachtschule.de

Projektlogo: Justar.nl

Gestaltung: IconScreen.de

Lizenzhinweis

Dieses Unterrichtsmaterial ist erschienen unter einer
Creative Commons Lizenz (Namensnennung -
Nicht-Kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0)